

Klartext gegen Rassismus

sub. **Wie können Jugendliche zu einer selbstständigen vertieften Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angeregt werden?**

Am 20. September tauschten sich JugendarbeiterInnen und Fachleute auf einer Tagung darüber aus, wie Antirassismusprojekte mit Jugendlichen erfolgreich gestaltet werden können. Nachgefragt beim Leiter der Tagung, Christian Wirz, Leiter des nationalen Jugendkulturprojekts «Klartext – Jugendkultur gegen Rassismus» des Vereins INFOCLICKPUNKT.CH.

Ist Antirassismus bei Jugendlichen populär?

Die Alltagswelt der Kinder- und Jugendlichen ist viel multikultureller als die Erwachsenenwelt, die junge Generation hat da grundsätzlich auch einen besseren Umgang und mehr Erfahrung als die Erwachsenen. Ich erlebe überall, wo ich arbeite, dass sehr viele Jugendliche sich mit sehr viel Engagement für diese Thematik einsetzen.

Wie können Jugendliche bei der erfolgreichen Durchführung eines Projekts unterstützt werden?

Das Thema ist heikel und bedingt eine sorgfältige Auseinandersetzung. Damit bei den Jugendlichen etwas bewirkt werden kann, muss ein persönlicher und lokaler Bezug zum Thema hergestellt werden, die konkreten Probleme vor Ort angesprochen werden. Damit das Projekt etwas bewirkt, muss es in der Gemeinde möglichst breit vernetzt und abgestützt sein und gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, damit das Projekt überhaupt breit wahrgenommen wird.

Was sind Ursachen für Rassismus?

Wird man mit Fremden konfrontiert, wirft das einem zurück auf die eigene Identität, Kultur und Wertehaltungen. Findet man in sich zuwenig gesellschaftlichen Halt, kulturelle Werte und Selbstvertrauen, sondern Frustration und Unsicherheit, ist der Fremde, der einem dieses Gefühl bewusst macht, schnell auch der schuldige Sündenbock.

Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit werden oft als Auslöser rassistischer Positionen und Handlungen betrachtet. Was halten Sie davon?

Es ist wichtig, bei sich persönlich anzusetzen. Zu erkennen, dass Sündenbocktheorien immer zu einfach

und unwahr sind, dass wir es uns nicht so einfach machen können. Natürlich könnte die Jugendarbeitslosigkeit ein Ansatzpunkt für ein Projekt sein. Man würde so feststellen, dass AusländerInnen oder SchweizerInnen mit fremdländischem Aussehen oder fremd klingenden Namen besonders Probleme haben, eine Lehrstelle zu finden. Es könnte so aufgezeigt werden, dass sie nicht die VerursacherInnen dieses Problems sind, sondern zu den Opfern einer Wirtschaft gehören, für die Maximalrendite wichtiger ist als gesellschaftliche Verantwortung.

Antirassismusprojekte müssen also die hinter Gewalt und Rassismus liegenden gesellschaftlichen Strukturen und Diskurse einbeziehen?

Die Gesellschaft nutzt auch die Jugend im Moment als Sündenbock und diskriminiert sie in diesem Sinn pauschal. Themen wie Drogen, Gewalt, Kriminalität, Vandalismus oder auch Rassismus werden als eskalierende Jugendthemen dargestellt, obwohl sich die Jugend in allen Bereichen absolut wie der gesellschaftliche Durchschnitt verhält. Jugendliche haben also Antirassismusprojekte nicht nötiger als alle andern Bevölkerungsschichten. Wenn man mit Jugendlichen in einer Gemeinde ein Antirassismusprojekt durchführt, ist es fürs Gelingen sehr wichtig, dass sich die Erwachsenenwelt, also Behörden, Politik, Vereine und so weiter möglichst offensichtlich solidarisiert. Sonst ist die Wirkung gering.

Der Bund fördert Antirassismusarbeit, zugleich wird eine alles andere als offene Einwanderungspolitik geführt. Wie geht antirassistische Jugendarbeit mit diesem Dilemma um?

Die Politik der SVP ist Wind für die Segel rechtsextremistischer Kreise, das Schweigen der Mehrheit unterstützt die Politik der Angst. Antirassistische Jugendprojekte können auch bedeuten, den Spiess einmal umzukehren und die Jugendlichen zu Vorbildern für die Erwachsenen zu machen. Mindestens auf Gemeindeebene gelingt uns dies immer wieder, dass dann auch Erwachsene beginnen, Position zu beziehen.

WWW.KLARTEXT-ONLINE.CH

trouvaile

«In einem Land, wo sich keine etablierten Parteien um die Ausländerproblematik kümmern, können gefährliche Splittergruppen entstehen. Dass das bei uns mit unserem hohen Ausländeranteil bis jetzt nicht passierte, ist mit ein Verdienst der SVP.»

SVP-PRÄSIDENT UELI MAURER IN EINEM INTERVIEW MIT DEM BLICK, 28.9.04

Am 28. September stattete die Botschafterin der Vereinigten Staaten dem Regierungsrat des Kantons Thurgau einen Höflichkeitsbesuch ab. (...) In seiner Begrüßungsansprache stellte Regierungspräsident Claudius Graf-Schelling fest, dass die Verfassungen der Vereinigten Staaten und des Kantons Thurgau in wichtigen Bereichen wie Moral, Gesellschaft und Politik Gemeinsamkeiten hätten.

INFORMATIONSDIENST DES KANTONS THURGAU

Im falschen Film

mh. **Der Iraker Awni Al Kalemji sprach in Luzern. Eingeladen hatte die reaktionäre Chance 21.**



Man kann es nicht genug laut und genug oft beklagen. Der Irak-Krieg ist für die Linke ein Trauma. Erst folgte der tiefe Fall auf die grandiosen Massenmobilisierungen, die lähmende Depression und schliesslich das Ende der globalisierungskritischen «Bewegung der Bewegungen». Und seither kommt es nur noch schlimmer. Der Krieg geht weiter, die Hightechbarbaren aus dem Land der Freiheit ballern unvermindert aus allen Rohren, während Säbelbarbaren aus fundamentalistischen Koranschulen alles köpfen, was in ihre Finger gerät und weiss und westlich ist. In diesem Clash der Barbarismen sitzt die Linke auf verlorenem Posten; ihr analytischer Ansatz passt nicht ins Koordinatensystem gegenwärtiger Konfliktlinien, er bleibt ohne jeden Praxisbezug. Sie vermag die Rolle nicht zu spielen, die ihr zuzustehen würde, und dies zeitigt wiederum höchst unappetitliche Folgen. Was grasiert ist das Gefühl, im falschen Film zu sitzen, sobald das Thema dieses Kriegs und des Widerstands angeschnitten wird: Kennen Sie es auch? - Ja, ich habe Fahrendheit 9/11 gesehen, werden Sie jetzt vielleicht denken, ich habe mich auch geärgert über die plumpen Verschwörungstheorien und die ins rassistische Fahrwasser abgleitende Stereotypisierung des Saudischen und Arabi-

schen. - Allerdings! Doch hiesse das Problem einzig Michael Moore, es wäre keines.

Dass das Problem ein wirklich zu beklagendes ist, zeigt sich deutlicher auf Nebenschauplätzen. Gelegenheiten zur Bestandesaufnahme gibt es viele: In Luzern bot sich letzte Woche eine der besonderen Art. Es sprach Awni Al Kalemji, seines Zeichens Sprecher der Irakischen Patriotischen Front, eines Bündnisses oppositioneller Organisationen, und er tat dies auf Einladung der Chance 21. Gut, was der Mann da sprach, war an sich höchstens langweilig, auch wenn die Ausgangslage viel Spannung versprach. Kalemjis Organisation gehört zu jenem Flügel des bewaffneten irakischen Widerstands, der weder islamistisch inspiriert ist noch aus alten Baath-Seilschaften besteht. Am nächsten kommt wohl die Zuschreibung bürgerlich-nationalistisch. Langweilig waren seine Ausführungen jedoch, weil eine differenzierte Positionierung seiner Person in den Ausführungen just keine Rolle spielte. Denn so sprach Kalemji: Der Widerstand, das ist der Kampf des irakischen Volks, und steht Allah auf seiner Seite, wird seine Kampfkraft noch lange anhalten, denn die Schlacht auf irakischem Boden ist eine lange Schlacht, die Besatzer werden sich so schnell nicht vertreiben lassen, derweil es den Widerstandsgruppen weder an Geld noch an Waf-

fen mangelt, mit entsprechenden Mitteln ist für die nächsten zehn Jahre gesorgt, und auch die Erfolge sind grösser als man meinen könnte, sind doch die Opferzahlen auf Seiten der Amis schon heute zehnmal höher als die Propaganda des Pentagons uns glauben machen will, und schliesslich sollten wir hier in der Schweiz nicht vergessen, dass der amerikanische Vernichtungswille viele weitere Völker bedroht, selbst die europäischen, und der Kampf des irakischen Volks daher ein Kampf für eine gerechtere Welt ist. So also sprach Kalemji. Und der geneigte Zuhörer dachte: Aha, so ist das also, die blutrünstigen Scharfrichter mit dem Koran in der Hand kämpfen letztlich für eine gute Sache. Und tatsächlich (das war das einzige Spannende an dem Anlass), die ZuhörerInnen dachten in der ganz grossen Mehrheit wirklich so! Was auf den ersten Blick umso erstaunlicher war, da das doch recht zahlreiche Publikum ein ziemlich biederes war, was wiederum wenig erstaunte, wer es ja die Chance 21, die zur Veranstaltung in der SVP-Beiz lud. Dass sich da einer aus dem Publikum meldete, der den Bogen von der «jüdisch-katholischen Kirche» zur zionistischen Weltverschwörung schlug, ohne dass er im Saal auf Widerspruch stiess, rundete den Abend passend ab. Und plötzlich ist der Film ganz, ganz falsch.

AL KALEMJI IM ORIGINAL: SEITE 4

8. August

...mit den Bürgerlichen. Von der SP-Spitze kommt zur Zeit nicht einmal mehr das, was man befürchtet hat: Wer nur halbwegs einen politischen Kurs verliert, von Susanne Leutenegger Oberholzer bis Franco Cavalli, ist über den Schmusekurs des SPS-Präsidenten mit seinen bürgerlichen Amtskollegen frustriert: «Fehr konfiziert ständig mit den Bürgerlichen, anstatt Opposition zu machen und mit Referenden zu drohen», erklärt Cavalli.

Selbstjustiz. Ein Genfer Polizist hat sich gewalttätig «gerächt», nach dem er bei einer Auseinandersetzung einen Faustschlag erhalten hatte. Welcher Art die Rache war, hält die Polizei geheim, offenbar war sie schwerwiegend, denn gegen den Polizisten läuft nicht nur ein Verfahren wegen Amtsmissbrauch, sondern auch wegen Körperverletzung.

9. August

Konzentration geht weiter. Die Elektrizitätsgesellschaft Aurax in Poschiavo ist von Rätia Energie aufgekauft worden. Die Rätia Energie ist 2000 aus dem Zusammenschluss dreier kleiner EWs hervorgegangen.

Einheitsbrei droht. Die ohnehin schon dominierende Buchhandlung Rössli in St. Gallen soll verkauft werden. Als erstes hat der Zürcher Buchkonzern Orell Füssli geboten, der zum deutschen Buchhandelskonzern Hugendubel gehört. Wie alle Grossbuchhandlungen richtet Orell Füssli seine Läden nach Bestsellern aus. Was selten verlangt wird, wird aus dem Angebot gestrichen.

Ausverkauf geht weiter. Das Modehaus Spengler hat den Versandhandel an das deutsche Versandwarenhause Quelle verkauft. Die Firma soll als Filiale unter dem bisherigen Namen weiter geführt werden. Wie viele Entlassungen es gibt, ist offen.

10. August

Orange muss zahlen. Die Gewerkschaft Kommunikation hat in 21 von 24 Klagen Recht bekommen. Der Telefonkonzern muss Schichtzulagen für Überstunden während der Ferienzeit nachzahlen.

11. August

Aufschwung für Alle. Mit dieser Parole verlangt der Schweizerische Gewerkschaftsbund für 2005 Lohnerhöhungen um bis zu drei Prozent. Begründet wird die Forderung mit der allgem. besseren Konjunktur und der ansteigenden Inflation mit Preissteigerungen um mehr als ein Prozent.

Schlappes für Lehrhausebener. Der Zürcher Informatiker, der mit Hilfe der Stadt Zürich eine Lehrlingsfirma für EDV einrichten wollte, muss wieder ganz gewöhnlich arbeiten. Seine Hoffnung, er könne pro Lehrling 50000 kassieren und dann mit deren Arbeit auch noch Geld verdienen, ist nicht aufgegangen. Damit es «rentiere», wollte er mindestens 14 Lehrlinge haben. Gemeldet haben sich aber nur elf.

12. August

Milde Richter für die SVP. Die wilde Plakataktion der Blocher-Partei auf öffentlichem Grund bei den Nationalratswahlen hat sich ausgezahlt. Die Aktion, die tagelang die Zürcher Zeitungen beschäftigte und der SVP grosse Aufmerksamkeit brachte, war illegal. Ein Gericht verurteilte die Partei deshalb zu einer Strafe von 500 Franken.

13. August

Noch mehr Geld für Fetzi & Zanetti. Die ehemalige Poch-Nationalrätin, die jetzt zur SP gehört, hat nicht nur vom Solothurner Financier Peter Ammann Geld für den Wahlkampf kassiert. Auch der noch umstrittenere Basler Financier Dieter Behring hat sich mit 25000 Franken am Wahlkampf für den Basler Ständeratssitz der SP beteiligt.

Maulkorb für Offiziere. Instruktionsoffizieren ist ab sofort verboten, sich kritisch zu Armee-Themen zu äussern. Wer sich nicht an die Regelung halte, müsse mit «beruflichen Nachteilen» rechnen. Damit eskaliert die Bevormundung der Offiziere durch das VBS. Erst ging es um ein Interview, das Armeechef Keckeis dem «Magazin» gegeben hatte und das der Bundesrat mit allen Mitteln verhindern wollte, jetzt geht es um einen Beitrag in der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung», wo ein Artikel zur Reform der Armee XXI erscheinen sollte.

Vormund Blocher. Der SVP-Bundesrat hat die Härtefall-Regel abgeschafft. Die Kantone dürfen sich nicht mehr für abgewiesene Flüchtlinge einsetzen. Diese Regelung sollte eigentlich ins neue Gesetz integriert werden, was Blocher jetzt verhindert hat.

SVP-Hetze auf SBB-Boden. Bisher durfte in Bahnhöfen keine politische Werbung gemacht werden. Dass die SBB diese Regelung jetzt gelockert hat, hat die Blocher-Partei als erste entdeckt. Für die Abstimmung über die Einbürgerungsartikel führte sie eine Bahnhof-Kampagne durch, die mit Lügen operiert.